



**HERAUSFORDERUNGEN UND AUFGABEN
FÜR DEN STADTUMBAU
IN NORDRHEIN-WESTFALEN**

6 Themenprofile

STADTUMBAUAUFGABE ANPASSUNG AN FOLGEN DES KLIMAWANDELS



RELEVANZ

Höchste Priorität zur
Sicherung lebenswerter
und zukunftsfähiger
Stadträume

HERAUSFORDERUNGEN IM STADTUMBAU

Betrachtet man es als Aufgabe, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse zu bieten, so sehen sich die Kommunen neuen Funktionsverlusten gegenüber: Durch Überhitzung von Stadträumen, Straßen und Plätzen, durch Überflutungsgefahr bei Starkregen, durch urbane Risiken als Folge von Schlafmangel in Tropennächten, zunehmende Ozonbelastung, durch steigendes Risiko von Hautkrebs durch mangelnden Sonnenschutz, Erkrankungen als Folge von schlechter Luftqualität, ...

Ziel des Stadtbbaus ist es, sich frühzeitig auf anstehende Veränderungen einzustellen und bauliche und stadträumliche Strukturen nachhaltig und damit zukunftsfähig anzupassen. Es geht um den Erhalt des Lebensraums Stadt.

ZUSTÄNDIGKEIT

- UMWELT- / GRÜNFLÄCHENAMT
- STADTPLANUNGSAMT
- VERKEHRS- / TIEFBAUAMT
- STADTWERKE
- POLITIK
- BÜRGERSCHAFT
- WOHNUNGS- WIRTSCHAFT
- VERBÄNDE / EMSCHER- GENOSSENSCHAFT

WAS WIR BRAUCHEN

Gute Beispiele

Die Herausforderungen sind bekannt. Und dennoch fällt es vielen Städten schwer, sich zu dem Thema breit aufzustellen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Zum einen, weil die praktische Umsetzung von Klimaanpassung in baulichen Maßnahmen nicht von jedem/r Planer*in ohne weiteres mitgedacht werden kann, zum anderen, weil es oft ein Kampf gegen Windmühlen ist. Es braucht einen starken politischen Willen auf kommunaler Ebene. Helfen kann es, voneinander am konkreten Projekt zu lernen. Sowohl für die eigene Arbeit, als auch für die Kommunikation in andere Ämter und in Politik und Bürgerschaft sind Projekte wichtig, an denen man sehen kann, wie und vor allem dass es gelingen kann.

Hausaufgaben machen - Phase 0

Klimaanpassung stellt uns vor neue Fachfragen. Projektplanung verändert sich, bezieht neue Partner*innen mit ein. Reichweiten einer Maßnahme sowie Wechselwirkungen mit anderen Bereichen nehmen zu. Daher stellen sich zentrale Fragen bereits zu Beginn: Wie steige ich in die Projektplanung ein, wer sind notwendige Kooperationspartner*innen, wer ist bereits aktiv und kann unterstützen bzw. wie bringe ich mich als Planungsamt als Partner*in in Konzepte zum Klimaschutz und Klimaanpassung ein, die überwiegend im Umweltamt erarbeitet werden?

Aber auch: Wer könnte das Projekt torpedieren und braucht daher besonders viel Zuwendung, um mitgenommen zu werden? Die Notwendigkeit einer integrierten Arbeits- und Betrachtungsweise zeigt sich einmal mehr. Daher brauchen wir:

PROBLEME

**Es ist wie bei einem Hilferuf:
Alle sind zuständig,
niemand fühlt sich direkt
angesprochen.**

Alle haben feste Aufgaben
und Zuständigkeiten. Ist
Klimaanpassung nun
zusätzliche Arbeit oder Teil
der regulären Aufgaben?

**Es geht nur zusammen –
Ämter sind Einzelkämpfer**

Wie bekommt man die
jahrzehntelange Versäulung
aufgelöst, die schon mit der
integrierten Stadterneuerung
nicht überwunden werden
konnte? Wie entstehen
kooperative Arbeitsformen
in der Verwaltung?

**Das alte Dilemma:
Wie man's macht, macht
man's falsch**

Den einen ist die Stadt zu
restriktiv: Mein Parkplatz, mein
Heizverhalten, mein Weg zur
Arbeit. Den anderen macht sie
zu wenig: Mehr Fahrradwege,
weniger Autoverkehr, mehr
Grün in die Städte, ...

Teamplayer und ‚Überzeugungstäter‘

Einfach gesagt: Klimaanpassung gelingt nur gemeinsam oder alle verlieren. Alle relevanten Ämter müssen an einen (Projekt) Tisch. Klimaanpassung im Stadtbau vereint mehrere Fachlichkeiten: Stadtentwicklung / Stadtplanung, Ökologie, Wassertechnik / -wirtschaft, und viele mehr. Daher ist zu klären, welche fachlichen Zuständigkeiten berührt sind, und wer die Federführung für die Planung hat. Wo sind wichtige Schnittstellen zwischen den Ämtern? Wie können notwendige Kompetenzen hinzugezogen werden? Für Klimaschutz und -anpassung werden oft junge Nachwuchskräfte eingestellt – entsteht dadurch ein Hierarchieproblem? Zudem bedeutet Klimaanpassung auch unbequeme Veränderung, die gerne vermieden wird. Nachdruck und Beharrlichkeit sind zwei Schlüssel zum Erfolg.

Gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen

Die fachübergreifende Aufgabe der Klimaanpassung der Städte kann nicht sektoral gelöst werden – weder auf der Konzeptebene, noch auf der Förderebene: Eine Straßenbaumaßnahme, mit Kanalsanierung, Versickerung und Umgestaltung der Oberfläche muss über einen Förderantrag zu beantragen sein. Die Kommunen brauchen dafür Fördergelder, die flexibel eingesetzt werden können – sowohl was den Fördergegenstand betrifft, als auch was den Umsetzungszeitraum betrifft.

OFFENE FRAGEN

Wie bekommt man jährlich eine sinnvolle Maßnahme zur Klimaanpassung antragsreif konzipiert, ohne mehr Ressourcen zu haben?

Welche Anforderungen stellt das Land NRW an förderfähige Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung? Was sind die Kriterien?

Wieso können andere Bundesländer (moderne, begrünte, gut entwässerte) Stellplätze fördern und NRW nicht?

Wie können Städte die Bürgerinnen und Bürger schon in der frühen Planung mitnehmen, um Akzeptanz und Bewusstsein für Klimaanpassung zu fördern? Es ist kaum ausreichend Personal für die Planung selbst vorhanden und ein QM, das diese Aufgaben leisten könnte, ist erst förderfähig, wenn das Konzept fertig und beantragt ist.

Welchen Nutzen haben digitale Tools z.B. aus dem Bereich Virtual Reality, mit denen Bürger*innen z.B. eine Begrünung selbst digital erzeugen können.

Klimaanpassung ist der erste notwendige Schritt – wie können Quartiere klimaneutral werden?

STADTUMBAUAUFGABE QUALITÄTSSICHERUNG STÄDTEBAU, ARCHITEKTUR, BAUKULTUR



RELEVANZ

Hohe Priorität zur
Entwicklung eines
hochwertigen
Städtebaus und zur
Sicherung der
Stadtbaukultur

HERAUSFORDERUNGEN IM STADTUMBAU

Der Stadtbau leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Entwicklung der Stadtbaukultur in den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden. Dabei stehen nicht allein die öffentlichen Bauvorhaben im Fokus. Vielmehr gilt es auch im Rahmen von größeren Entwicklungsmaßnahmen die privaten Investitionen im Bestand und Neubau so zu lenken, dass ‚Visitenkarten‘ für die Stadt von morgen geschaffen und die Stadtbaukultur gestärkt werden.

Für den Stadtbau sind daher innovative Planungs- bzw. Werkstatt- oder Dialogverfahren zu wählen, die entsprechende hochwertige Lösungen aufzeigen. In der Zusammenarbeit mit privaten Investoren gilt es, diese Qualitäten durch den Einsatz von Städtebaufördermitteln zu erhöhen und durch städtebauliche Verträge zu sichern.

ZUSTÄNDIGKEIT

- STADTENTWICKLUNG
- STADTPLANUNGSAMT
- TECHNISCHE FACHÄMTER
- GESTALTUNGSBEIRAT
- DENKMALBEHÖRDE
- ARCHITEKTEN-KAMMER
- PRIVATE INVESTOREN
- POLITIK
- BÜRGERSCHAFT

WAS WIR BRAUCHEN

Innovative Wettbewerbsverfahren

Die Kommunen können größeren Entwicklungsmaßnahmen Wettbewerbsverfahren vorschalten. Der Zusatzaufwand kann durch den Einsatz von Städtebaufördermitteln ausgeglichen werden. Durch diese Verfahren können unterschiedliche städtebauliche Konzepte erarbeitet und in einem öffentlichen Rahmen transparent gemacht und diskutiert werden. Eine ausgewiesene fachliche Begleitung und Begutachtung ist dafür unerlässlich. Innovative Verfahren lassen auch die Beteiligung von Politik und Bürgerschaft zu, um für die vielfach bedeutenden Maßnahmen bereits frühzeitig einen gesellschaftlichen Konsens für die Entwicklungsmaßnahmen herzustellen. Die Umsetzung muss nicht unbedingt hohe Baukosten verursachen und sind langfristig betrachtet häufig die wirtschaftlicheren Lösungen.

Grundstückserwerb und Bauplanungsrecht

Eine starke Stellung zur Sicherung und Entwicklung städtebaulicher Qualitäten erhält die Kommune durch den Erwerb der zentralen Grundstücke im Rahmen von größeren Entwicklungsmaßnahmen. Einfluss nimmt sie auch durch das Planungsrecht, welches zusätzlich durch die Anwendung des Sanierungsrechts verstärkt werden kann. Gestaltungssatzungen können dazu beitragen, die Qualitäten in städtebaulich bedeutenden Quartieren zu erhalten.

PROBLEME

Der Aufwand für innovative Planungsverfahren wird als sehr hoch eingeschätzt.

Die Verfahren werden oft nicht mit genug Nachdruck aus der Verwaltung verfolgt.

Sehr gute Ergebnisse aus den Verfahren gehen in der Umsetzung häufig verloren.

Eine breite und intensive Beteiligung der Öffentlichkeit wird in der Praxis häufig zur reinen Information.

Einsatz von städtebaulichen Verträgen

Neben den Vorgaben aus der Bauleitplanung ist der Abschluss von städtebaulichen Verträgen mit privaten Investoren geeignet, um Ergebnisse und Qualitäten aus den innovativen Wettbewerbsverfahren zu sichern. Dabei sind eindeutige und praktikable Vorgaben zu wählen, um eine geeignete Grundlage für die Zusammenarbeit mit Privaten zu erhalten. Wenn Städtebaufördermittel zum Einsatz kommen, können entsprechende Regelungen und Vorgaben im Rahmen der üblicherweise zum Einsatz kommenden Weiterleitungsverträgen festgeschrieben werden.

OFFENE FRAGEN

Wie kann der zugegebenermaßen höhere Aufwand durch die knappen personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung getragen werden? Ist die Stadtverwaltung zur Steuerung der anspruchsvollen Planungsverfahren richtig aufgestellt? Wie kann es gelingen, die notwendige fachliche Unterstützung extern einzuwerben? Kann das richtige Maß für den rechtlich vorgegebenen Rahmen in den städtebaulichen Verträgen und/oder Weiterleitungsverträgen gefunden werden? Geben sie genügend Flexibilität für die Dauer der Umsetzungsphase und erhalten sie Akzeptanz auf der privaten Seite? Wie kann der Stadtumbau mit seinen größeren baulichen und funktionalen Eingriffen auch in historisch geprägten und denkmageschützten Gebieten gelingen?

STADTUMBAUAUFGABE BÜRGERBETEILIGUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT / INSZENIERUNG



RELEVANZ

**Anhaltend hohe
Bedeutung, um
Transparenz zu schaffen
und Akzeptanz für
Veränderungen im
Quartier zu bewirken.**

HERAUSFORDERUNGEN IM STADTUMBAU

Stadtbau bringt den ‚Umbau‘, also eine mehr oder weniger gravierende Veränderung einer vertrauten Situation mit sich. Veränderungen gehen bei den meisten Bürger*innen mit Ängsten und Vorbehalten einher. Zum einen, weil sie den Status Quo gewohnt sind. Zum anderen, weil sie die neuen Pläne nicht kennen und aus der Phase des Umbaus das Ergebnis nicht erkennen können. Oft geht es an die Substanz: Gebäude, Straßen, Einrichtungen, Plätze und Freiflächen. Dabei müssen oft auch deren Eigentümer*innen überzeugt werden.

In Zeiten, in den sich alle als Expert*innen verstehen und sich Interessen immer weiter vereinzeln, ist mehr denn je Aufklärung gefragt: Dieses Projekt ist notwendig, weil... und es bringt eine positive Veränderung für das Quartier, weil... Gleichzeitig müssen Ängste gehört und ernst genommen werden.

ZUSTÄNDIGKEIT

- VERWALTUNG
- PRESSESTELLE
- POLITIK
- INTERMEDIÄRE
- LOKALE AKTEURE

WAS WIR BRAUCHEN

Gutes Marketing

Stadtentwicklungsprojekte können und müssen besser vermarktet werden. Ihre Ziele müssen überzeugend und ansprechend kommuniziert werden. Modelle, Visualisierungen, Pop-ups, ... - alles, was Ziele der Stadtentwicklung verständlich transportiert, sollte zum Einsatz kommen. Je nach Projekt u.U. in einer groß angelegten Marketingkampagne mit Testimonials, mit denen sich die Bürger*innen identifizieren können.

Stadtbau ist ein großes Wort – es braucht vielleicht auch eine größere Bühne und muss mehr in Szene gesetzt werden, damit es mehr ist als nur eine ‚Stadtrepatur‘.

Vermittler zwischen „der Verwaltung“ und „den Bürgerinnen und Bürgern“

Verwaltung und Bürgerschaft sprechen nicht dieselbe Sprache und sehen nicht dieselben Dinge und Sachverhalte. Daher sind Vermittler notwendig, die zwischen den Perspektiven wechseln können. Quartiersbüros haben zum Teil diese Aufgabe, werden dafür aber nicht überall wirklich genutzt. Als Dienstleister*in der Stadt fehlt oft auch die notwendige Neutralität. Diese Aufgabe braucht mehr Gewicht und mehr Ressourcen. Gute Beteiligung ist gleichzeitig auch ein Beitrag zur Demokratieförderung.

PROBLEME

Konzeptentwicklung und Planung haben einen zu langen Vorlauf, bevor man ‚ins Quartier‘ gehen kann.

Die Ressourcen der Verwaltung reichen oft nicht mal für die reine Planung – wer macht die Beteiligung?

Diversität der Zielgruppen – Unterschiedliche Ansprüche bedürfen unterschiedlicher Formate.

Politik (und Verwaltung?) fehlt (manchmal) der Mut zu unbequemen Entscheidungen.

Politische Unterstützung

Die Politik hat ihre eigene Agenda – und doch ist sie Teil des Systems Stadt. In vielen Fällen würde es helfen, wenn Politiker*innen mehr im Sinne der Sachfragen argumentieren, weniger parteipolitisch und auch weniger im Sinne von Partikularinteressen einzelner Bürger*innen. Die Unterstützung durch die örtliche Politik leistet einen wichtigen Beitrag zu gemeinwohlorientierten Entscheidungen. Dafür muss die lokale Politik gewonnen und gut eingebunden werden.

Geld und zeitlicher Vorlauf für Beteiligung und Informationskampagnen

Beteiligung wird meist durch Quartiersbüros oder andere externe Büros organisiert. In der Regel brauchen Kommunen dafür Fördergelder, die jedoch erst mit Bewilligung der Maßnahme selbst gewährt werden. Bei größeren Bauprojekten oder auch bei der Erstellung eines ISEK ist eine Beteiligung jedoch bereits in der der Konzeptionsphase notwendig. Beteiligung im Vorfeld müsste bei einer späteren Förderung refinanzierbar sein (Beispiel Rheinland-Pfalz).

Der Öffentlichkeitsarbeit sollte mehr Gewicht beigemessen werden. Stadtumbau braucht moderne Kommunikationswege und groß angelegte Informationskampagnen – und die nötige Finanzierung dafür.

Mehr Digitalisierung von Beteiligung

Ein großer Teil der Beteiligungsformate wird weiterhin analog bleiben – der persönliche Kontakt ist oft entscheidend bei der Vermittlung von Argumenten. Viele Menschen besitzen zwar digitale Endgeräte, sind aber dennoch nicht für digitale Beteiligung empfänglich, weil sie die Bedeutung nicht erkennen. Dennoch bietet die digitale Welt viele noch ungenutzte Wege der Wissensvermittlung und Kommunikation auch im Stadtumbau. Notwendig sind gute Ideen und Menschen, die sie umsetzen können.

OFFENE FRAGEN

Wie hält man die Waage zwischen umfassender Information und einer Überforderung der Beteiligten?

Unterschiedliche Zielgruppen brauchen unterschiedliche Ansprache und Formate, damit Beteiligung wirklich niedrigschwellig ist und auch die Menschen erreicht, die sich nicht von selbst einbringen. Wie kann ein solch differenziertes Beteiligungskonzept zeitlich und finanziell unter den aktuellen Bedingungen realisiert werden? Wie kann Interesse über einen langen Zeitraum gehalten werden?

STADTUMBAUAUFGABE VERFAHREN UND INSTRUMENTE



RELEVANZ

Stadtbau erfordert vielfach den Einsatz des Bauplanungsrechts. Die Beschäftigung mit den Verfahren und Instrumenten ist ein zentrales Thema der Zusammenarbeit im StadtbauNetzwerk NRW.

HERAUSFORDERUNGEN IM STADTUMBAU

Die Beseitigung von Substanz- und Funktionsmängeln in den Stadtquartieren hängen im entscheidenden Maße von der Mitwirkungsbereitschaft der privaten Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern ab. In den zurückliegenden Jahren wurde in NRW verstärkt auf eine eher kooperativ angelegte Herangehensweise und weniger, wie in anderen Bundesländern, auf die Anwendung des Sanierungsrechts gesetzt. Es zeigt sich aber immer deutlicher, dass in Gebieten mit weniger mitwirkungsbereiten Eigentümerinnen und Eigentümern diese Herangehensweise nicht mehr ausreichend ist. Bei den im Stadtbau aktiven Kommunen besteht Einigkeit, dass in diesen Fällen der Einsatz der Instrumente des Bauplanungsrechts überprüft werden sollte.

In der Stadterneuerungspraxis können die Sanierungsziele auch mit Instrumenten wie Bauleitplanung und Vorkaufsrecht verfolgt werden. Darüber hinaus soll das Instrumentarium des Besonderen Städtebau- und Sanierungsrechts mit seinen verschiedenen gesetzlich verankerten städtebaulichen Geboten verstärkt genutzt werden. Es gilt die Handlungsfähigkeit der Kommunen in der Anwendung der Instrumente zu verbessern.

ZUSTÄNDIGKEIT

- **STADTSANIERUNG**
- **STADTPLANUNGSAMT**
- **BAUORDNUNG**
- **LIEGENSCHAFTEN**
- **KÄMMEREI**
- **RECHTSAMT**
- **PRIVATE EIGENTÜMER**

WAS WIR BRAUCHEN

Neubelebung des Sanierungsrechts in NRW und Stärkung der kommunalen Verwaltung

In der kommunalen Verwaltung sind in den zurückliegenden Jahrzehnten viele Kompetenzen im Hinblick auf den Einsatz des städtebaulichen Instrumentariums verloren gegangen. Um städtebauliche Sanierungsverfahren erfolgreich vorbereiten und umsetzen zu können, muss das Know-How und die hierzu notwendigen personellen Ressourcen in der Kommunalverwaltung ausgeweitet werden. Auch wenn extern eingesetzte Sanierungsträger vielfach Aufgaben im Sanierungsverfahren übernehmen können, muss die erforderliche Kompetenz in Rechts- und Verfahrensfragen in der Kommunalverwaltung vorhanden sein.

PROBLEME

Das Know-How und die personelle Ausstattung sind in der Verwaltung häufig nicht vorhanden.

Die Vorbereitungen zur Aufstellung einer Satzung erscheinen aufwändig und langwierig.

Es bestehen Unsicherheiten über die erforderliche finanzielle Ausstattung zur Anwendung des Sanierungsrechts.

Der Bedarf an rechtlicher Beratung zur Durchführung des Sanierungsverfahrens und insbesondere zum Einsatz des Instrumentariums gegen Dritte ist groß.

Fundierte und rechtssichere Arbeitsgrundlage schaffen

Als Grundlage für die Umsetzung von Stadtumbaumaßnahmen dienen vielfach integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK), die auch für die Beantragung von Mitteln der Städtebauförderung erforderlich sind. Um Sanierungsverfahren erfolgreich umzusetzen und das städtebauliche Instrumentarium rechtssicher einsetzen zu können, sind im Zuge der Vorbereitung der Sanierungsverfahren Vorbereitende Untersuchungen durchzuführen. Dabei sind neben den zusätzlichen inhaltlichen Anforderungen auch vielfältige Verfahrensfragen zu beachten. Der höhere Arbeitsaufwand erfordert einen deutlich höheren Ressourceneinsatz.

Verwaltungsstrukturen anpassen

Für die erfolgreiche Durchführung von Sanierungsverfahren ist die übliche Verwaltungsstruktur anzupassen. Für die Federführung des Verfahrens ist die Zuständigkeit in einer Verwaltungseinheit zu bündeln. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsstellen durch eine stärkere ressortübergreifende und projektbezogene Ausrichtung auf das Sanierungsgebiet zu verbessern.

Umgang Problemimmobilien

Im Stadtumbau lassen sich vielfach Substanz- und Funktionsmängel an sogenannten Problemimmobilien festmachen. Sie stehen den Sanierungszielen entgegen und wirken sich negativ auf die Entwicklungschancen der Quartiere aus. Die Zusammenarbeit mit der häufig handlungsunwilligen bzw. -unfähigen Eigentümerschaft gestaltet sich oftmals schwierig. Neben dem Bauplanungsrecht können auch ordnungsrechtliche Instrumente eingesetzt werden und es sind Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren anzuwenden. Die Zuständigkeit und Bearbeitung der Aufgaben rund um die Problemimmobilien kann in den für die Sanierung geschaffenen Verwaltungsstrukturen liegen. Ein Teil der Instrumente können auf Grundlage des Sanierungsrechts eingesetzt werden.

OFFENE FRAGEN

Können die im Stadtumbau üblicherweise vorliegenden ISEKs zu Vorbereitenden Untersuchungen weiterentwickelt werden? Wie kann der höhere Aufwand durch die knappen personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung getragen werden? Wie ist die Stadtverwaltung für die anspruchsvollen Sanierungsverfahren richtig aufgestellt? Welche personelle Ausstattung ist hierfür erforderlich? Welche fachliche Unterstützung ist hierfür beispielsweise für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand oder eine rechtliche Beratung extern einzuwerben? Welche finanzielle Ausstattung wird für die erfolgreiche Durchführung der Sanierungsverfahren benötigt?

STADTUMBAUAUFGABE NACHHALTIGE MOBILITÄT



RELEVANZ

Höchste Priorität zur Umgestaltung von Straßenräumen und Reduzierung von Verkehrsbelastungen

HERAUSFORDERUNGEN IM STADTUMBAU

Die unkontrollierte Dominanz des Autoverkehrs in unseren Städten und Quartieren mindert Lebensqualität und Gesundheit, führt zu Monofunktionalität und weiten Wegen.

Eine stadtverträgliche Mobilität erfordert bauliche und organisatorische Veränderungen an unseren Straßen und Plätzen. Nur durch den entschlossenen und flächendeckenden Umbau unserer Stadtstraßen kann die Verkehrswende hin zu mehr Nahmobilität gelingen.

ZUSTÄNDIGKEIT

- VERKEHRSSAMT
- TIEFBAUAMT
- STADTPLANUNGSAMT
- UMWELTAMT
- STADTWERKE
- POLITIK
- BÜRGERSCHAFT

WAS WIR BRAUCHEN

Quartiers- bzw. ortsteilbezogene Straßenraumkonzepte

Jedes Stadtumbaugebiet benötigt ein flächendeckendes Straßenraumkonzept mit dem Ziel, unter Beibehaltung der grundsätzlichen Erreichbarkeit, die Verkehrsbelastungen durch bauliche und organisatorische Elemente deutlich zu reduzieren. Im Fokus stehen Aussagen zu Neuaufteilung der Straßenquerschnitte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Begrünung sowie der Zugänglichkeit und Nutzbarkeit umweltverträglicher Verkehrsmittel.

Ohne Digitalisierung geht nichts

Der Umbau unserer Städte zur digitalen Smart City ist Grundlage nachhaltiger Mobilität. Über digitale Sensorik werden zukünftig rund um die Uhr in Echtzeit Umwelt-, Verkehrs- und Bewegungsdaten erhoben. Ob Car-Sharing, Leihfahrrad, Online-Ticket, Parkhausbelegung, Paketzustellung oder Fahrplanauskunft, für alle Dienste mit Echtzeit-Informationen werden stabile Daten- und Internetverbindungen benötigt. Dafür ist es u.a. wichtig, Verkehrsknotenpunkte und Mobilstationen mit freien W-Lan-Hotspots auszurüsten.

PROBLEME

Der Umbau von Straßenquerschnitten und der Wegfall öffentlicher Parkstände zugunsten von Gehwegen, Fahrradstraßen, Busspuren und Straßenbäumen, führt in der Regel zu Protesten meist lautstarker Interessenvertretungen.

Der Stellplatz für das Auto ist im Stadtumbau nach wie vor eine bestimmende Größe.

Es fehlt an Akzeptanz, Zahlungsbereitschaft und Flächenverfügbarkeit für Quartiersgaragen im Siedlungsbestand.

Widerständen standhalten

Die Notwendigkeit für die Schaffung nachhaltiger Mobilitätsformen ist politisch zumeist erkannt und in Planwerken programmatisch festgehalten. Widerstände treten dann aber häufig bei der Planung und baulichen Umsetzung auf. Sobald klar wird, dass Einschränkungen für den Autoverkehr vorgesehen sind, treffen die Planungen auf den Widerstand unterschiedlicher Allianzen (autoaffine Bewohner*innen, Gewerbetreibende etc). Hiergegen helfen frühzeitige Kommunikation und Beteiligung, transparente Abwägung und Begründung sowie politische und planerische Standhaftigkeit. Aufgabe ist nicht die Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenz, sondern das Festhalten an übergeordneten Zielen für stadtverträgliche Mobilität und gesunden Stadträume.

Kurze Umsetzungszeiträume

Der Zeitraum von der Planung bis zur Realisierung einer Straßenumbaumaßnahme ist häufig sehr lang. Der Baustart hängt von sehr vielen Einzelfaktoren ab. Insbesondere müssen sehr viele sektorale Planungen und Einzelgewerke (Kanalisation, technische Versorgungsleitungen, Ampelschaltung, Stadtgrün etc.) berücksichtigt werden. Der Umbau von Straßenräumen gelingt zumeist immer dann recht zügig, wenn die Fördergelder an ein Fertigstellungs- und Abrechnungsdatum geknüpft sind.

Vereinfachte Finanzierungsquellen

Fördermittel für Straßenumbaumaßnahmen sind im Zuge der Städtebauförderung zumeist im Zusammenspiel mit anderen Förderprogrammen zu beantragen. Dieser gewollte Bündelungseffekt stellt die Städte und Gemeinden bei der Abstimmung unterschiedlicher Fördermittel vor erhebliche Herausforderungen. Ziel muss es sein, dass die im Rahmen eines integrierten Entwicklungskonzepts ausgearbeiteten Maßnahmen nicht mehr thematisch nach einzelnen Förderprogrammen beantragt werden, sondern dass es nur einen Förderantrag mit einem Bewilligungsbescheid gibt, hierfür sind die Förderprogramme stärker aufeinander abzustimmen.

OFFENE FRAGEN

Wie sollen Städte die Bürgerinnen und Bürger schon in der frühen Planung mitnehmen, um Akzeptanz zu fördern, wenn sie kaum ausreichend Personal für die Planung selbst haben? Wie kann eine ‚Nachbetreuung‘ im Sinne der Verstetigung realisiert werden, wenn die Kommunen ihre Personalkapazitäten schon mit den Regelaufgaben ausgereizt hat? Wie kann eine finanzielle Einbindung privater Akteure mit möglichst geringen bürokratischen Hürden gelingen?

STADTUMBAUAUFGABE LOKALE KOOPERATIONEN UND STRATEGISCHE ALLIANZEN



RELEVANZ

Dient zur Aktivierung
bürger- und
privatwirtschaftlichem
Engagements und zur
Sicherung der
Stadtumbau-Ergebnisse

HERAUSFORDERUNGEN IM STADTUMBAU

Wert und Erfolg von Stadtumbauprozessen steigen, wenn Aktivierung und Beteiligung örtlicher Akteure in größerem Maßstab gelingen. Durch die ‚Mitnahme‘ der Vielfalt der Akteure für das Gesamtvorhaben kann nicht nur Eigeninitiative und Bereitschaft für private Investitionen geweckt werden. Über die Einbindung wird darüber hinaus ein breiter Konsens für die Gesamtmaßnahme entwickelt, was die Nachhaltigkeit der Stadtumbauergebnisse erhöht. Letztlich kann sich durch das Engagement örtlicher Akteure auch die Last der Umsetzung auf den Schultern der öffentlichen Hand verringern, da deren finanzielle Möglichkeiten beschränkt sind.

ZUSTÄNDIGKEIT

- STADTPLANUNGSAMT
- GRÜNFLÄCHENAMT
- TIEFBAUAMT
- POLITIK
- PRIVATWIRTSCHAFT
- WOHNUNGS-
WIRTSCHAFT
- BÜRGERSCHAFT

WAS WIR BRAUCHEN

Möglichkeiten zur Aktivierung

Erarbeitung von Möglichkeiten zur Aktivierung von Grundstückseigentümer*innen und Bewohner*innen eines Quartiers

Stärkung der Zusammenarbeit

Stärkung der Zusammenarbeit mit Investoren und lokalen Akteuren (verstärkte Anforderungen durch wachsenden Abstimmungsbedarf und zusätzlichen Koordinationsaufwand)

Optionen der finanziellen Abwicklung

Einsatz von geeigneten städtebaulichen Verträgen/Weiterleitungsverträgen in der Zusammenarbeit mit Investoren/privaten Akteuren

Vorbereitung auf die Zeit nach dem Stadtumbau

Sicherung der Arbeitsstrukturen über die Zeit des Stadtumbaus hinaus. Berücksichtigung der weiteren verwaltungsseitigen Begleitung von Aktivitäten in den ehemaligen Stadtumbaugebieten

PROBLEME

Gezielte Aktivierung

Im Sinne einer Stakeholder-Analyse müssen die relevanten Akteure der Zivilgesellschaft und der lokalen Wirtschaft für eine gezielte Ansprache und Aktivierung identifiziert werden. Die Ansprache der Akteure und die Einbindung in den Prozess ist kein Selbstläufer. Der notwendige Koordinierungsaufwand sollte mit entsprechenden Personalressourcen abgesichert sein.

Finanzielle Einbindung

Private Mittel (Geld und WoManpower) müssen in den Stadtumbauprozess gewinnbringend eingebunden werden. Hier sind auch Lösungen für die Übertragung von Fördermitteln zu finden.

Nachhaltige Sicherung

Lokale Akteure sollen für die Zeit nach der Förderung die Ergebnisse des Stadtumbauprozesses auch ohne Anleitung und Begleitung fortsetzen können. Hierfür sind entsprechende Arbeitsstrukturen zu schaffen, die sich in der Arbeit der Verwaltung widerspiegeln.

OFFENE FRAGEN

Wie sollen Städte die Bürgerinnen und Bürger schon in der frühen Planung mitnehmen, um Akzeptanz zu fördern, wenn sie kaum ausreichend Personal für die Planung selbst haben? Wie kann eine ‚Nachbetreuung‘ im Sinne der Verstetigung realisiert werden, wenn die Kommunen ihre Personalkapazitäten schon mit den Regelaufgaben ausgereizt hat? Wie kann eine finanzielle Einbindung privater Akteure mit möglichst geringen bürokratischen Hürden gelingen?

Impressum

STADTUMBAUNETZWERK NRW

Geschäftsstelle

Huckarder Str. 12

44147 Dortmund

0231 99 99 37-40

kontakt@stadtumbaunetzwerk.nrw

www.stadtumbaunetzwerk.nrw

Dortmund, September 2022